

Spuren, vorwärts marsch!

Deutsche Politiker und Journalisten prügeln wieder einmal leidenschaftlich auf die Schweiz ein. Deren Andersartigkeit mit Neutralität und direkter Demokratie ist ihnen ein Dorn im Auge.

Von Philipp Gut

Man weiss gar nicht recht, wo man anfangen soll – so zahlreich, so deckungsgleich auch sind die Beschimpfungen und Belehrungen, die derzeit wieder einmal aus deutschen Landen über die Schweiz ergehen. Neutralität, so der Tenor, geht gar nicht. Und die direkte Demokratie ist nur ein Hindernis. Der deutsche Botschafter in Bern, Michael Flügger, rügt das Gastland als «altmodisch neutralistisch». CDU-Politiker Roderich Kiesewetter wettet, die Verteidigungsausgaben der Schweiz seien ein «Witz». Sie müsse sich «entscheiden, wo sie steht». Neutralität sei «keine Option» mehr.

Kiesewetter fordert weiter eine «Änderung des Mindsets», er will die bockigen Eidgenossen also mehr oder weniger sanft umerziehen. Und wenn das nicht möglich ist und wir die Neutralität nicht sofort auf seinen Befehl über Bord werfen, sollen wir «zumindest» die Ukraine «endlich massiv unterstützen».

«Sicherheitspolitische Parasiten»

Apropos falsches Mindset: Das findet auch der Schweiz-Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ), Johannes Ritter. «Es bedarf eines grundlegenden Mentalitätswandels», doziert er. Wir denken, wir fühlen also nicht richtig. Und schuld daran ist, pfui, unsere direkte Demokratie.

Der deutsche Herrenritter, das Wortspiel sei erlaubt, stört sich ausdrücklich daran, «dass die politischen Entscheidungsprozesse auf allen Ebenen hochgradig partizipativ und damit undurchsichtig» seien. Offenbar vermisst er die Klarheit und Alternativlosigkeit einer eisernen obrigkeitlichen Hand.

Ein weiterer Vorwurf, der derzeit über die Schweiz schwappt, ist derjenige der «Trittbrettfahrerei». FAZ-Ritter erhebt ihn ebenso wie sein deutscher Landsmann in Diensten der NZZ, Marco Seliger. Dieser, in seiner Karriere auch schon mal Sprecher des deutschen Rüstungsunternehmens Heckler & Koch – laut Eigenwerbung Standardausrüster von Nato- und EU-Staaten – und früher wie Ritter bei der FAZ, schreibt: «In Deutschland gibt es zunehmend Stimmen, die von sicherheitspolitischen Parasiten sprechen, wenn sie hinter die südlichen Grenzen zeigen.»

So weit müsse man nicht gehen. «Aber sicherheitspolitische Trittbrettfahrer, das sind sie schon, die neutralen Österreicher und Schweizer.» Seliger dräut: Die Schweiz werde «sich entscheiden müssen, ob sie sich militärisch mit ihren Nachbarstaaten verbündet oder in einer gefährlichen Welt schon bald allein dasteht». Er spricht vom «kalten Hauch des Todes aus Bern», weil die zu Neutralität verpflichtete Eidgenossenschaft keine Waffen in die Ukraine liefert, und prophezeit: Früher oder später werde die «Trutzburg» in den Alpen fallen. Man staunt, was aus dem Blatt eines Chefredaktors Willy Bretscher geworden ist, der im Zweiten Weltkrieg unter

grösster Bedrohung durch das nationalsozialistische Deutschland vehement an den Prinzipien der bewaffneten Neutralität festhielt.

Ein weiteres Stich- und Stichelwort der Stunde, das deutsche Journalisten und Medien gegen die unabhängige und neutrale Schweiz ins Feld führen, ist das Bonmot von der Eidgenossenschaft als Loch im Donut der Nato, das der einstige linke US-Botschafter in Bern, Scott Miller, prägte. Die FAZ wärmt es gleichermaßen auf wie die Zeit aus Hamburg. In ihrer Ausgabe für die Schweiz und Österreich spottet sie in der aktuellen Titelgeschichte: «Sie schauen lieber zu». Das sei ein doppeltes «Sicherheitsrisiko», «wie zwei Löcher im Donut».

Von derselben Muse geküsst

Die auffälligen Wiederholungen bis hin zu einzelnen Wörtern und Formulierungen lassen nur den Schluss zu: Entweder schreiben diese Journalisten alle voneinander ab – oder sie werden alle gleichzeitig von derselben Muse geküsst. Vermutlich nennt man das «Mainstream».

Auch in der bundesdeutschen Politik gleichen sich die Äusserungen von Rot bis Schwarz wie ein Ei dem anderen. «Die Schweiz liegt im Herzen Europas und konnte sich stets einen hohen Grad an Neutralität bewahren, weil sie sich militärisch von einer starken Nato und wirtschaftlich von einer starken EU geschützt wusste», sagt Falko Drossmann, gemäss Tages-Anzeiger der «führende Verteidigungspolitiker der SPD». Der ziemlich geschichtsblinde Satz könnte eins zu eins von einem Kiesewetter oder einem Friedrich Merz stammen. Die FAZ stürmt da noch weiter und rüffelt, dass die Eidgenossenschaft von der «Stärke der Nachbarn» profitiere, «ohne sich dafür politisch zu bewegen».

Damit ist klar, was es geschlagen hat: vorwärts marsch Richtung Nato! Vorwärts marsch Richtung EU!

https://weltwoche.ch/story/spuren-vorwaerts-marsch/?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=daily